

Beschluss des Landrats vom 24.09.2020

Nr. 537

1. Begrüssung, Mitteilungen 2019/800; Protokoll: pw, md

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) begrüsst zur Sitzung und bittet um Beachtung der Corona-Regeln.

– *Anträge zum Aufgaben- und Finanzplan*

Die [Vorlage](#) zum Aufgaben- und Finanzplan 2021–2024 wurde vom Regierungsrat veröffentlicht. Die Beratung im Landrat findet am 16./17. Dezember statt. Budget-Anträge und AFP-Anträge sind laut § 79a der Geschäftsordnung spätestens an der ersten November-Landratssitzung einzureichen, das heisst: am 5. November 2020 – und zwar wie immer bis 15 Minuten nach Sitzungsbeginn. Das Formular zum Einreichen dieser Budget- und AFP-Anträge ist auf der Landrats-Homepage unter «[Diverses > Unterlagen](#)» veröffentlicht, dort wo auch die üblichen Vorstossformulare zu finden sind. Zudem wurde das Formular auch per E-Mail zugestellt.

– *Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz*

Diese Woche wurde die Einladung zur diesjährigen Tagung der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz versandt. Sie findet am Freitag, den 23. Oktober, in Basel statt und widmet sich den demografischen Entwicklungen. Der Anlass kann einerseits live vor Ort besucht oder digital mitverfolgt werden. Bei Interesse wird um eine Anmeldung bis zum 16. Oktober 2020 gebeten.

– *Präsidium SP-Fraktion*

Die SP-Fraktion hat Roman Brunner per 1. November 2020 zum neuen Fraktionspräsidenten gewählt. Herzliche Gratulation. *[Applaus]*

– *Entschuldigungen*

Ganzer Tag: Jacqueline Bader, Hanspeter Weibel, Regina Werthmüller
Nachmittag: Balz Stückelberger

– *Fraktionserklärung Grüne/EVP*

Rahel Bänziger (Grüne) sagt, es stünde heftige Vorwürfe gegenüber Mitgliedern der Fraktion und gegenüber der Partei im Raum. Der Landrat wird sich spätestens im Rahmen der Fragestunde mit dem Thema auseinandersetzen. Die Fraktion hat sich entschieden, sich noch nicht direkt zum Thema zu äussern. Davon ausgenommen sind die direkt Betroffenen und Situationen, in denen persönliche Angriffe Überhand nehmen. Damit das Schweigen nicht falsch interpretiert wird: Es ist kein Geheimnis, dass sich die Grüne/EVP-Fraktion in Vergangenheit vehement dagegen gewehrt hat, dass Politikerinnen und Politiker aufgrund ihrer Mandate Privilegien in Form von erleichtertem Zugang zu öffentlichen Aufträgen erhalten. Diese kritische Haltung gilt auch gegenüber eigenen Parteimitgliedern. Es soll genau hingeschaut und die gleichen Massstäbe angesetzt werden wie bei anderen Parteien.

Die Fraktion wird sich mit gleicher Konsequenz gegen eine Verwässerung des regierungsrätlichen Vorschlags zum Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) und zum Arbeitsmarktaufsichtsgesetzes (AMAG) wehren. Die Fraktion steht zu den Prinzipien und wird diese weiterhin hochhalten. Vor diesem Hintergrund ist die Fraktion, insbesondere die Grünen, gefordert, zum

Projekt Velohochbahn Stellung zu beziehen, unabhängig dessen, dass es nun zurückgezogen wurde. Den Mechanismen einer basisdemokratischen Partei entsprechend, setzen sich die Grünen aktuell gründlich und kritisch damit auseinander. Stand heute liegen keine Anzeichen dafür vor, dass es bei der Firmengründung von Urb-X, der Patentanmeldung für die modulare Velohochbahn und insbesondere auch beim Kontakt mit dem Kanton und dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) sowie bei der anschliessenden Machbarkeitsstudie zu einer gesetzlichen Verfehlung gekommen ist. Wie mittlerweile öffentlich bekannt ist, findet im Anschluss an die Sitzung eine ausserordentliche Vorstandssitzung zu diesem Thema statt. Die Partei wird danach öffentlich zum Thema Stellung beziehen.

– *Begründung der persönlichen Vorstösse*

Keine Wortmeldungen.
